

schismus«. Zugleich bestreitet er, daß er Nachhilfeunterricht brauche, um erst zum Antifaschisten gemacht zu werden. Er setze vielmehr als bekannt voraus, daß er Antifaschist sei, denn er sei Deutscher und habe Abitur. Diese Beweisführung muß Heinrich Fink (Vorsitzender des ostdeutschen Bundes der Antifaschisten) und andere Opfer der Gauck-Justiz ungemein beeindruckt haben, denn auch die Rechtsanwältin Manfred Roeder und Jürgen Rieger, Wortführer der Neonazis, sind unzweifelhaft Deutsche und haben Abitur. Und Josef Goebbels war sogar ein promovierter Antifaschist.

Horst Winterstein

Für die Stasi ein Staatsfeind - für Gauck auch! - Das Lehrstück Dehm

Der Generalbundesanwalt ermittelte nicht mal. Ein Parteiordnungsverfahen gegen Diether Dehm wurde nach umfangreichen Ermittlungen und Verhandlungen eingestellt. Aber für die Medienmachermacht war der SPD-Linke Dehm im Frühsommer 96 unzweifelhaft ein Ostspion gewesen - trotz Staatsfeind-Fahndungsstempel der Stasi wg. Biermann und Bahro. Deutschlands oberster Großinquisitor, Pastor Hintzes Berufskollege Joachim Gauck, hatte medienwirksam seinen Segen zur Treibjagd gegeben.

Während meiner über Jahrzehnte hin dauernden politischen Tätigkeit - unter anderem als Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag, als hessischer Innenminister und stellvertretender südhessischer SPD-Vorsitzender - Ende der 70er und in den 80er Jahren, gehörte ich weder zu irgendeinem linken Zirkel, noch habe ich auch nur Kontakte zu einem solchen gesucht. In zahlreichen prinzipiellen wie tagespolitischen Fragen vertrat ich ganz andere Positionen als Diether Dehm. Dies gilt auch heute noch. Dennoch, und zwar aus rein rechtsstaatlichen Motiven, übernahm ich im SPD-Ausschlußverfahren gegen Dehm im Mai 96 die Funktion seines innerparteilichen Rechtsbeistands. Im Umgang mit den Stasi-Unterlagen mußte ich dann mehr und mehr den Eindruck gewinnen, daß die Gauckbehörde in ihrem Zusammenspiel mit einigen Medien an Verfassungsgrundsätzen vorbeiwirkt. Darum schrieb ich diesen Beitrag.

Diether Dehm, dessen Rücktritt als Frankfurter Magistratsmitglied CDU und FDP gefordert hatten, weil er schon drei Monate vor den Bankskandalen mit »Schneider« und »Metallgesellschaft«, die Deutsche Bank öffentlich »ein Krebsgeschwür für unsere Volkswirtschaft« genannt hatte, sollte zur Strecke gebracht werden. Nach acht rein fiktiven Rufmord-Medienkampagnen und Zivil- und Strafprozessen gegen Dehm seit seiner ersten Bewerbung für den Bundestag (»Mörder«, »Gebührenveruntreuer«, »Wohnsitzbetrüger«, »Sozialwohnungsmißbrauch«, »Mietwucher«, »außerehelicher Sex«) ohne irgendein belastendes Endergebnis, kam heraus, daß die Deutsche Bank über ihre Kulturstiftung einer kleinen sog. Berliner For-

schungsgruppe aus Ex-Maoisten und bewährten Antikommunisten (»Forschungsverbund SED-Staat«) einen Mehrere-Hunderttausend-D-Mark-Betrag hatte zukommen lassen. Aus den Stasi-Aktenbergen wurde von genau dieser Forschungsgruppe schließlich Belastungsmaterial auch und »folgerichtig« gegen den Banken-Gegner Dehm zusammengetragen und veröffentlicht, Entlastendes zurückgehalten.

Im Hessischen Rundfunk erschien dann Gauck höchstpersönlich, um Dehm als IM zu entlarven mit dem entwaffnenden Argument, die Aktenberichte stimmten, denn ein militärisches System wie die DDR hätte sich nicht selbst »in die Tasche gelogen«. Das ganze Wirtschaftsplanüberfüllungschaos als Ausdruck der SED-Wahrheitsliebe? Guter Gauck!

Der Stasi-Unterlagen-Chef braucht zum Erhalt seines mehrtausendköpfigen Mitarbeiterapparats und die dafür verausgabten Steuermilliarden nicht nur möglichst viele »echte IMs«, sondern auch die absolute Glaubwürdigkeit seiner Akten. Im unerschütterlichen Vertrauen zur Wahrheitsliebe der ostdeutschen Geheimdienstbeamten dürfte er allenfalls noch von Mielke übertroffen werden. Als Gauck der rechtsextremen CDU-Bundestagsabgeordneten und heutigen Vertriebenenpräsidentin Steinbach im Hessischen Rundfunk plaudernd kontra deren SPD-Bundestags-Gegenkandidaten Dehm assistierte, wiederholte er um ein weiteres Mal, daß Zweifel an den aufgeschriebenen Berichten der Stasi-Offiziere keinesfalls statthaft seien.

Gauck verwaltet nicht nur gläubig die Überbleibsel, nein – er wird zunehmend zum Überbleibsel des Unrechtsstaats. Der Bundesgerichtshof hatte gegen Gaucks Lehrmeinungen schon sehr früh festgestellt, daß »Akten der Staatssicherheit grundsätzlich nicht geeignet seien, einen dringenden Tatverdacht zu belegen ... weil das MfS eben nicht rechtsstaatlich verfaßt und verwaltet gewesen sei«. Ex-Bundesverfassungsrichter Simon präzisierte: »Nur gegengeprüfte Dokumente könnten überhaupt zu Verfahren herangezogen werden.« Aber ein quellenkritischer Umgang wäre Nahrung für alle jene gewesen, die erst recht 10 Jahre nach der Maueröffnung ein Abschmelzen der Gauckschen Behörde fordern. Eisern insistiert der evangelische Großinquisitor weiterhin darauf, die Stasi hätte sich vor allem durch »akribische Beachtung der Verfahrensrichtlinien ausgezeichnet«, wodurch ihr Material auch für unbezweifelbar erklärt werden könne.

Hans-Jürgen Fischbeck, wie Gauck auch aus der evangelischen Bürger-

rechtsbewegung und Stasi-Opfer unter dem OPK-Decknamen »Sumpf«, hatte sich die Stasi-Akte »Dehm« vorgenommen und kam zum Ergebnis, daß der Frankfurter Sozialist in der DDR lediglich abgeschöpft worden sei. Es dürfe nicht sein, forderte Fischbeck in einem Schreiben an die SPD-Schiedskommission, daß Dehms Aussagen weniger Glauben geschenkt würde als denen, die hauptsächlich vor 25 Jahren Berichte fürs konspirative Handwerk notiert hätten.

Aber Dehm und seine augenscheinlichen Lebenswidersprüche boten sich Medien, inner- wie außerparteilichen Gegnern und Neidern wie ein einziger aphrodisierender Köder an: als erfolgreicher Unternehmer vertrat er die Vergessenschaft des Großkapitals, was er schon als Juno gefordert hatte. Als Unterhaltungsautor (»100mal berührt«, »Faust auf Faust«, »Was wollen wir trinken«), als einstiger Manager von BAP und weltbekanntem Sportlern, gehörte er zu jener brillierenden Unterhaltungsschicht, an der sich nicht nur triviale Medien ergötzen. Mit ständigen Regelverstößen und provozierenden Äußerungen zur Bankenmacht, zu Asylrecht, Golfkrieg und »Atom-Mafia« hatte er Zorn von rechts bis Mode-links auf sich gezogen. Wäre er ein harmloser Sprücheklopfer gewesen, wäre die Prämie auf seinen Kopf geringer ausgefallen. Daß er aber in der Frankfurter Stadtregierung, vorübergehend im Bundestag und als Bundesvorsitzender vor den 43 000 Unternehmern im Parteivorstand der SPD saß, gleichzeitig oft eines der besten Stimmergebnisse auf Frankfurter Parteitagen – zuweilen sogar höher als amtierende Oberbürgermeister – hatte, dürfte die Aufmerksamkeit rechter Kreise und Dienste auf ihn gelenkt haben.

1993 hatte sich ein Kreis führender südhessischer Sozialdemokraten gegen den ursprünglichen Wunsch der Dehm-Feindin Wiczorek-Zeul darauf geeinigt, daß er nunmehr 1994, beim zweiten Anlauf nach seiner Schlechtplatzierung 1990, auf einem sicheren Listenplatz in den Bundestag kommen sollte. Einige Wochen später sprach ihn seine innerparteiliche Gegnerin Wiczorek-Zeul beim 50. Geburtstag des Verkehrsexperten Klaus Daubertshäuser direkt an: es sei ihr aus dem Umfeld des Kanzleramts bedeutet worden, in den nächsten 14 Tagen würde eine Stasi-Akte über Dehm bekannt. Er solle doch freiwillig auf eine MdB-Kandidatur verzichten. Dehm reagierte rechtsstaatlich und schrieb die Gauck-Behörde und den Generalbundesanwalt an. Die Gauck-Behörde erklärte schriftlich und zweifelsfrei (und von dort an mehrfach), über

ihn, Dehm, gäbe es keine Akte und auch ansonsten keinen Hinweis auf eine Ostagententätigkeit. Das war 1994. Dehm rückte in den Bundestag nach und kandidierte erneut. Zuletzt wurde ihm das Gaucksche Fazit über keine vorliegenden Stasi-Unterlagen noch im April 96 mitgeteilt – zu einem Zeitpunkt, an dem schon über 30 Exemplare von Stasi-Aktenaufzeichnungen über Dehms DDR-Besuche Anfang der 70er Jahre in den verschiedensten Redaktionsstuben Deutschlands vorlagen.

Bei allem war Dehm auch ein Grenzgänger. Auch das machte ihn in der linken Öffentlichkeit angreifbar. Nichts scheint dem »Stasi-Jagd-Komplex« aus der Gauck-Behörde und den ihr zugeordneten Journalisten derart zuwider, wie Differenzierung. Ja, im Kampf gegen politisches Grenzgängertum zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus erscheinen BND, Gauck und Mielke verwechselbar.

So wurde Dehm von der Stasi in Westdeutschland bespitzelt. Ein IM schrieb nieder, Dehm habe als 23jähriger Juso-Linker den DKP-nahen Kräften innerhalb der Frankfurter Jusos (die kurz danach auch in die DKP übertraten) öffentlich vorgehalten, sich in der DDR »Anweisungen zu holen«. Diese Vorhaltung habe Karsten Voigt (!) dazu bewegt, »sich von Dehm zu trennen«. (Man lese die Akte und staune!)

Dehm, kulturverantwortlich für die Mai-Kundgebung des DGB-Frankfurt, schlug 1977 Wolf Biermann für den Römerberg als Sänger vor – und lief prompt in eine gemeinsame Front aus rechten Gewerkschaftern und DKPlern, was ein Stasi-Zuträger genüßlich in der Akte goutiert.

Vor dem kurz darauf in Hamburg stattfindenden Juso-Bundeskongreß half Dehm, DKP-nahe Befürworter der Biermann-Ausbürgerung innerhalb der Juso-Linken (»Stamokaps«) zu isolieren und sorgte dort dafür, daß Biermann sang – unter »Stamokap«-Beifall. Juso-Chefin Wiczorek-Zeul kämpfte erbittert gegen den Auftritt des Ausgebürgerten. Ihr offizielles Argument: die FDJ und die Sowjet-Komsomolzen würden bei einem Auftritt Biermanns den Saal verlassen.

Kurz zuvor noch des Liedermachers Wohnstätte in Wallraffs Haus teilend, drohte die »Rote Heidi« nun, demselben seine Gitarre auf den Kopf zu schlagen, wenn er die FDJler durch seinen Auftritt vertreiben würde. Dehm bekam hinter den Kulissen von ihr schlimmere Feindseligkeiten angetragen, die dann auch jahrzehntelang anhielten. Der Vorgang hat ein Nachspiel in den SED-Akten.

Durch ihre Taktiererei verlor die damalige Juso-Bundesvorsitzende Wiczorek-Zeul die Mehrheit und ihr Gegner, der »Stamokap« Benneker, konnte sich als neuer Vorsitzender durchsetzen. Krenz schrieb daraufhin ein Memo an Honecker, nun sei eine bessere Voraussetzung zur Kooperation mit den Jusos gegeben. Honecker griff zum dicken Füllhalter und schmierte über die Krenz-Empfehlung ein lapidares: »Ich empfehle die Beziehungen einzufrieren«. Einer der angeführten Gründe: der von Benneter/Dehm forcierte Auftritt des Staatsfeinds Biermann auf dem Juso-Kongreß, den Wiczorek-Zeul vergeblich hatte zu verhindern versucht.

Daß dieser spannende Vorgang von politischer Grenzgängerei von größeren Medien, obschon dort schriftlich vorliegend, nie aufgegriffen wurde, mag dem Zustand unserer Medienlandschaft entsprechen: Was zählt ist schwarz/weiß oder rot/braun. Daß in der Mehrheit aller veröffentlichten Beiträge aber völlig unterschlagen wurde, wie und warum Dehms Stasi-Akte endet, ist schon eher ein Skandal. Es muß nicht jeder Journalist Dehm glauben, daß er als 21jähriger den vor ihm sitzenden Stasi-Mann im FDJ-Gewand nicht erkannte. Daß aber die Stasi einen allerletzten Besuch Dehms 1977 in Ost-Berlin registriert, bei dem er erneut die Stasi-Leute mit sozialdemokratischen Positionen »und sympathischem westlinken Eigensinn nervte« (Zitat Biermann im Spiegel vom 29.4.96), daß Dehm in der DDR immer wieder und heftig gegen die Inhaftierung Bahros und die Ausbürgerung Biermanns agitierte und sich weigerte, irgendein Wort über den Urlaub, den der DDR-Staatsgegner Jürgen Fuchs in Dehms Wochenendhaus verlegt hatte, zu äußern, ist aktenkundig und völlig zweifelsfrei, gleichgültig, ob er die FDJ-Tarnung der mit ihm trinkenden und redenden Stasi-Jungmänner durchschaut haben könnte oder nicht. In den Zeitungsartikeln taucht es gleichwohl nirgends auf.

Dehms klares Eintreten für die Dissidenten wird deutlich von der Stasi-Akte belegt, was für den aktengläubigen Gauck zumindest eine Differenzierung hätte wert gewesen sein können. Und es führt dazu, daß Dehm kurz darauf von der Stasi zum Staatsfeind abgestempelt und in die DDR-Einreisefahndung der MfS-Hauptabteilung VI gelegt wurde. Biermann, der sich dann später der rechtsextremen CDU-Vertriebenenfunktionärin Steinbach als Kronzeuge gegen Dehm andiente, behauptete, der SPD-Linker hätte sich schon zwei Jahre vor dem Mauerfall ihm gegen-

über als einmaliger Ostagent offenbart »in meinem Garten unter vier Augen und sechs Ohren« (was immer Biermann an eigener Abhörpraxis damit andeuten wollte – kein Journalist hielt es für nötig, ihn nach dieser Ungeheuerlichkeit näher zu befragen!).

Günter Wallraff, der die Dehm-Akte ebenfalls studiert hatte, alles aus den Nach-Ausbürgerungsjahren Biermanns wußte und nichts davon in den Stasi-Aufzeichnungen über Dehm wiedergefunden hatte, widersprach Biermann mit aller Intimität: »Ich erlebte Diether Dehms Engagement für Wolf Biermann, seine Initiativen gegen die Willkür der Ausbürgerung, seine vielfältigen kenntnisreichen und meist erfolgreichen Anstrengungen, Wolf Biermann Kontakte und Auftritte im linken Spektrum zu vermitteln. Ich bin mir absolut sicher, daß Diether Dehms Tätigkeit nach bestem Wissen und Gewissen zum Nutzen Wolf Biermanns erfolgte, der DDR und den Stasi-Interessen enorm schadete ... sollte es in dieser Zeit einen sog. Führungsoffizier für Diether Dehm gegeben haben, dann müßte Wolf Biermann als solcher bezeichnet werden ... den damaligen tatsächlichen Kenntnisstand Diether Dehms, die wirklichen Fakten, seine eigene Sprache, fand er in der Dehm-Akte nicht wieder.« Das will besagen: Über die damaligen Kontakte Biermanns zu DDR-Dissidenten nach seiner Ausbürgerung, zu politischen Freunden, über seine engen persönlichen Beziehungen zur Juso-Bundesvorsitzenden Wiczorek-Zeul muß Dehm in der DDR durchweg geschwiegen haben – es wäre sonst, bei dem hohen Stasi-Interesse daran – mit tödlicher Sicherheit in der Akte vermerkt worden. Wallraff, vom selben intimen Kenntnisstand wie Dehm, wäre es dann aufgefallen. Konnte es aber nicht, weil Dehm z.B. darüber in der DDR nie geredet hatte.

Diese Einlassungen Günter Wallraffs finden sich ebensowenig in der Presse, wie irgend etwas, was der Jagdsrimmung gegen Diether Dehm im Sommer 1996 widersprochen hätte.

Die damals etwa 30jährigen Mitarbeiter des MfS mit Decknamen »Herbert«, »Dieter« und »Lothar«, hatten unter »falscher Flagge« (Stasi-Jargon), nämlich als FDJ- und SED-Antifaschisten den 19jährigen Frankfurter Schülerfunktionär, der sich mehrfach mehrtätig in der Nähe der Gedenkstätte Buchenwald und später bei seiner Freundin in Ost-Berlin aufhielt, kontaktiert. Durch die vermeintlichen FDJ-Funktionäre wurden Lieder Dehms in der DDR veröffentlicht, erschienen Artikel von und über ihn, trat er gegen Fahrtkosten in Theatern u.ä. auf. Später sag-

ten sie ihm, es solle eine mehrbändige Anthologie über den europäischen Antifaschismus unter Dehms Mithilfe erscheinen. Diese Erinnerungen Dehms wurden 1996 eidesstattlich von allen drei Offizieren bestätigt. Die den meisten Medien bekannten Einlassungen der drei mit der Akte befaßten hauptamtlichen Stasi-Offiziere (deren eidesstattliche Versicherungen nicht ohne Risiko für sie selbst waren und sind) wurden weitestgehend öffentlich ignoriert. Diese Aussagen hatten eindeutig ergeben (was am Ende auch zur Einstellung des SPD-Ausschlußverfahrens gegen Diether Dehm geführt hatte),

- daß Diether Dehm niemals mitgeteilt wurde und er auch nicht wissen konnte, es mit Hauptamtlichen des MfS zu tun zu haben,
- daß in seinem engen Umfeld sein enger Freund und Genosse Alfred D. fest für die Stasi gearbeitet hatte, Berichte von diesem aber in die Dehm-Akte eingehaftet worden waren,
- daß Aussagen von Frankfurter Mitgliedern der DKP, die die Stasi eigentlich richtliniengetreu nie hätte verwenden dürfen, hilfsweise in der Dehm-Akte untergebracht und abgelegt worden waren,
- daß weder schriftlich noch mündlich jemals eine Verpflichtungserklärung von Dehm auch nur erwartet worden war.

(Einer, den Dehm, laut Akte, in der DDR als »SPD-Rechten« beschimpft hatte, der langjährige Frankfurter SPD-Vorsitzende Fred Gebhardt, sagte nach Aktenstudium: »Was da steht, hätte jeder über mich überall auf der Welt sagen dürfen.«)

Eine »Verpflichtungserklärung«, zumindest mündlich, war eine absolut bindende Richtlinie für die IM-Bezeichnung. Da in der Akte Dehm von einer »Verpflichtung« nicht einmal die Rede ist, mußten also die Hauptamtlichen hier gegen eigene Richtlinien verstoßen haben. Die Gaucksche These, die Stasi habe sich akkurat an ihre Richtlinien gehalten, ist alleine hier schon falsifiziert. Wenn Dehm aber gewußt hätte, daß seine vermeintlichen FDJ-Freunde Stasi-Offiziere waren, warum war es dann nicht zumindest auch noch zu einer mündlichen Verpflichtungserklärung gekommen? Und warum hätte es dann in der Akte nicht zumindest einen Querverweis auf die offizielle Verpflichtungserklärung gegeben? Aber das entscheidende Kriterium einer IM-Tätigkeit, das der Stasi-Richtlinien-gläubige Gauck oft selbst als solches benennt, nämlich die Verpflichtungserklärung, fehlt auf allen Aktenseiten über Dehm von 1971-77.

Wenn die Mehrheit der Jagd-Journalisten auch der Meinung gewesen sein mag, Dehm hätte wissen müssen oder können oder gewußt haben, daß die vermeintlichen FDJler in der Zeit zwischen 1971 bis 77 Stasi-Hauptamtliche gewesen waren, dann hätte eigentlich der von der Stasi von Bahro und Biermann mit dem DDR-System zu brechen – laut Biermann geschah ein solcher Bruch kaum ohne persönliches Risiko! – von den Medien nachgerade als Akt des Muts von Diether Dehm herausgearbeitet werden müssen. Aber vom Umstand und Zeitpunkt des radikalen Dehmschen Abbruchs seiner sämtlichen DDR-Kontakte 1977 stand in den diversen Tageszeitungen kein Wort geschrieben.

Meist wurde der Eindruck kolportiert, Dehm sei bis zur Wende Ostspion gewesen. Ebensowenig, wie in den Zeitungen irgendwann Günter Wallraff, der Schriftsteller Valentin Senger, die Juso-Bundesvorsitzende Andrea Nahles oder die prominenten Stasi-Opfer Fischbeck und Bahro erwähnt wurden, die sich öffentlich gegen die Treibjagd auf Dehm geäußert hatten. Die rätselhaften Umstände, unter denen die Dehmsche Akte mit völlig einseitiger Zusatzinterpretation bestimmten ausgewählten Medien im Zeitraum März/April 96 zugespielt wurde, während gleichzeitig dem Betroffenen die Nichtexistenz einer Akte durch die Stasi-Unterlagen-Behörde vorgegaukelt wurde, wird ergänzt durch all jene Akteile, die den Medien während der Treibjagd vorenthalten wurden und die Dehm als DDR-Staatsfeind und als selbst durch die Stasi Bespitzelten eindeutig entlastet hätten.

Diether Dehms die Stasi wütend machenden Agitationseinsätze für Biermann, Bahro und Fuchs in Ost und West fehlten in der Regel bei den Akten-Verschnittten, die der Presse kopiert zur Treibjagd im Frühjahr 1996 »zugestellt« wurden.

Hingegen wurden Quittungen, die angeblich mit dem Stasi-Codename für Dehm, »Willy«, handschriftlich unterzeichnet worden sein sollen, offensichtlich nachträglich fingiert und der Presse zur öffentlichen Verwendung zugespielt. So gab es Journalisten, die behaupteten, diese Originalbelege in den Gauck-Unterlagen gefunden zu haben. Und andere, die in der Akte dieselben Quittungen mit Willy-Unterschrift nicht finden konnten. Wer in der Gauck-Behörde oder anderswo Belege über – wenn auch kleinere – Geldbeträge erfunden oder fotomontiert haben mag, um einen bösen Schein zu erzeugen, wird vielleicht nur schwer re-

konstruierbar sein. Fahrtkosten über 100,- oder 200,- D-Mark, die der Liedermacher, Journalist und Buchautor Dehm in der DDR vor 1977 unterschrieben hatte, sollten so einer angeblichen Stasi-Tätigkeit zugeordnet werden. Es wurde sogar in zahlreichen Artikeln unter Bezug auf Gauck-Material behauptet, Dehm habe noch Ende 77 von der Stasi eine Prämie von DM 500,- erhalten. Zu diesem Zeitpunkt aber waren die Kontakte Dehms in die DDR – auch laut Aktel – schon völlig abgebrochen. Auch hier dürfte die Quittung, über die in Zeitungen geschrieben wurde, allenfalls eine Fälschung sein. Daß Dokumente möglicherweise sogar in den Aktenstränken der Gauck-Behörde – oder durch allzu freigiebige Herausgabe an angebliche wissenschaftliche Zirkel – so der Manipulation zugänglich sein können, könnte etwas den Heiligenschein jenes Großinquisitors trüben, der heute immer noch glaubt, unbequeme Leute selbstgerecht und selbstherrlich einer öffentlichen Treibjagd der hiesigen Obrigkeit aussetzen zu können.

Renate Harcke, Dr. Renate Harcke unterstützte als Mitarbeiterin der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg die Arbeit des Stolpe-Untersuchungsausschusses

Wolfgang Hartmann, Jg. 1929, Chemielaborant, Jurist, 1964-1990 Mitarbeiter der HVA des MfS, lebt in Berlin

Sabine Kebir, Jg. 1949, Romanistik- und Slawistikstudium in Berlin, Promotion zu Gramscis Kulturkonzeption, 1977 Auswanderung nach Algerien, 1988 Habilitation im Fach Politologie an der Universität Frankfurt/M., Publizistin in Berlin, Gastprofessorin

Detlev Lücke, Jg. 1942, Studium Altrphilologie und Geschichte an der Berliner Humboldt-Universität, Redakteur bei der Ostberliner Wochenzeitung »Sonntag«, seit November 1990 beim »Freitag«, dort inzwischen Chefredakteur, lebt zusammen mit der Malerin und Grafikerin Ursula Strozynski in Berlin-Niederschönhausen

Lothar de Maizière, Jg. 1940, Beitritt zur CDU als Schüler, Studium an der Musikhochschule Berlin im Fach Viola, Fernstudium Jura, Rechtsanwalt, Nov. 1989 CDU-Vorsitzender, März 1990 Wahlsieger und letzter frei gewählter Ministerpräsident der DDR, nach der Einheit Stellvertreter Helmut Kohls und Bundesminister für besondere Aufgaben, nach Vorwürfen in der Presse auf Stasi-Zusammenarbeit Rücktritt von allen politischen Ämtern am 17.12.1991, trotz Rehabilitierung u.a. durch Wolfgang Schäuble und Volker Rühe keine Rückkehr in die Politik, seither Tätigkeit als Rechtsanwalt

Kurt Neumann, Rechtsanwalt in Berlin, MdB (unabhängig), Mitglied des Europaausschusses des Deutschen Bundestages, SPD-Mitglied 1966-1996, 1969/70 Bundesvorsitzender des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB), 1988-1995 Mitglied im Landesvorstand der SPD Berlin, 1987-1989 Mitglied der Programmkommission und Mitarbeiter am Berliner Parteiprogramm der SPD, 1981-85 und 1986-89 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, 1994-1998 Mitglied des Deutschen Bundestages

Peer Pasternack, Jg. 1963, Herausgeber der in Leipzig erscheinenden Zeitschrift »*hochschule ost*« und Politologe am Hof Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg, Veröffentlichung u.a.: Geisteswissenschaften in Ostdeutschland – eine Inventur (Leipzig 1996)

Carola Sommer, Historikerin, Journalistin, lebt in Berlin, Veröffentlichungen u.a. in »konkret«

Eckart Spoo, Jg. 1936, nach Studium in Berlin, Zürich, Hamburg und Frankfurt/M. 35 Jahre Redakteur der »Frankfurter Rundschau«, 16 Jahre ehrenamtlicher Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union in der IG Medien, jetzt Herausgeber und verantwortlicher Redakteur der Zweiwochenschrift OSSJETZKY, zahlreiche Buchveröffentlichungen, darunter »Unheimlich zu Diensten – Medienmißbrauch durch Geheimdienste« (mit Ekkehardt Jürgens 1986)

Barbara Thalheim, 1948 geb. in Leipzig, gearbeitet bei jeder sich bietenden Gelegenheit, nur nicht in ihrem eigentlichen Beruf: 1971 Studium an der FH für Unterhaltungskunst/Berufsausweis Schlagersängerin, 1973 Studium (extern) bei Prof. Heicking a.d. Hochschule für Musik »Hans Eisler«, gemeinsam mit Fritz-Jochen Kopka über 100 Chansons geschrieben, Chansonprogramme mit versch. Bands und Besetzungen, Tourneen/Konzerte mit Marek Grechuta, Hermann van Veen, Konstanze Wecker, George Moustaki, 14 Programme/16 Schallplatten bzw. CDs, 1994 Preis der Deutschen Schallplattenkritik für CD »Fremdegehen«, 1995 Rückzug von der Bühne, jetzt Kulturmanagerin Kleinkunst-kulturbüro »ThaGoel«

Horst Winterstein, Staatsminister a.D., geb. in Jugoslawien, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Rechtsanwalt, SPD-Mitglied seit 1951, 1967-1980 Geschäftsführer des Deutschen Städtetages, 1976-1991 Mitglied des Hessischen Landtages, 1980-1984 SPD-Fraktionsvorsitzender, 1984-1987 Hessischer Innenminister

Wolfgang Wippermann, Jg. 1945, Professor für Neuere Geschichte an der FU Berlin, zahlr. Veröffentlichungen zum Themenbereich Faschismus,